

"Christlich-abendländisches Europa ist in Gefahr"

CDU/CSU macht mobil

Gegen das Fremde

Das blanke Entsetzen geht um im bayerischen Innenministerium: Das christlich-abendländische Europa ist in Gefahr! Lest es, und auch Euch wird (abend)grauen!!!

Nach Presseberichten hat die EU-Kommission dem Rat der EU eine Mitteilung zu Asyl- und Einwanderungspolitik vorgelegt, deren Verabschiedung für den 16.2.94 vorgesehen war. Danach sollen auch Angehörige von Drittstaaten eine europaweite unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten. Sie sollen darüberhinaus Freizügigkeit und das Recht zur Arbeitsaufnahme in der gesamten Union genießen. Die Staatsangehörigkeit soll als Voraussetzung für den Empfang staatlicher Fürsorgeleistungen (Sozialhilfe) weitgehend abgeschafft werden. Allgemeine Zielvorstellung ist danach die multikulturelle Gesellschaft. Diese Vorschläge lehnte die bayerische Staatsregierung entschieden ab." Dies teilte heute Innenminister Dr. Günter Beckstein dem Kommissar der EU-Kommission Padraig Flynn schriftlich mit.

Beckstein schrieb:

"In der praktischen Konsequenz würden solche Zielvorstellungen auf eine unvertretbare Gleichstellung der Bürger der Union und der Drittländer hinauslaufen. Ich widerspreche ganz dezidiert der These, daß das christlich-abendländische Europa ein Einwanderungsgebiet mit multikultureller Prägung sei. Die von den Europäern geübte Toleranz darf nicht als Aufgabe der eigenen Kultur mißverstanden werden. Schliesslich könnte eine generelle unionsweite Freizügigkeit, über das gegenwärtige Problem der Zuwanderung hinaus, ein neuartiges Problem der Binnenmigration schaffen. Die Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Drittstaaten kann nicht steuerbare Probleme auf dem Arbeitsmarkt und damit erhebliche soziale Auseinandersetzungen bewirken."

Mit solchen Vorstellungen verbessert man nach Becksteins Meinung die Zustimnmung der Bürger zu Europa nicht, sondern schürt im Gegenteil weitere Europa-Verdrossenheit.'

Lang praktizierte Zweisamkeit

Da bekanntermaßen die CDU Thüringen in Bayern denken läßt. stieß der Fraktionsvorsitzende Schwäblein am 11.2. unterstützt durch die Bildzeitung ins gleiche Horn.
Da man, so blauäugig ist man in der CDU ja nicht, sich noch eine Weile wird mit AsylbewerberInnen und ArbeitsimmigrantInnen rumschlagen müssen, werden die jenigen, die sich aktiv gegen Rassismus und Ausgrenzung wenden, diffamiert. So wird in einer Pressemitteilung vom 11.2. eine geplante antifaschistische Aktion als "Sprechblasenaktion", "hohler Aktionismus", "Brunnevergifter" diffamiert. Ganz im Stile des "Stürmers" werden mit Hilfe der Bildzeitung Andersdenkende kriminalisiert und steckbriefartig potentiellen Gewalttätern angeboten.
Wir wollen nicht verschweigen, daß Herr Schwäblein natürlich die harte Bestrafung der Ausländerfeinde fordert und sich bei gewalttätigen Auseinandersetzungen vor sie stellen will. Man darf gespannt sein.

Quelle: Presseerklärung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 11.2.1994; Bildzeitung vom 11.2.94; Presseerklärung der CDU LdF Thüringen vom 12.2.94



Inhalt

Thüringer Antifa Nachrichten
Eislebenerstrasse 3, 99086 Erfurt; Fax: 0361 6738299
Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Leserbrief

Zum Artikel von casavecchia

"Wählen - eine kleinbürgerliche Angelegenheit?" in Antifa-Nachrichten Dezember 1993, S. 3

Erst einmal alles Gute zum Gelingen Eurer Zeitschrift. Vielleicht schafft Ihr es auch eine streitbare Plattform zu werden, welche die damit in sich verbergenden Spannungen aushält.

Ich bin wahrlich keiner aus der "autonomen" Antifa-Szene. Aber annehmen möchte ich Euer Angebot schon, über Sinn oder Unsinn des Parlamentarismus zu streiten.

Auch ich habe meine Probleme damit, wie mit den Ergebnissen eines Wahltages umgegangen wird für 4 bis 5 Jahre. Es steht für mich die Frage, wird der mündige Bürger entmündigt.

Die 89 gewählten Abgeordneten des Landtages verstehen sich als Vertreter der Bevölkerung. Kurios daran erscheint mir, daß sie jedesmal von einer Minderheit der Thüringer Bevölkerung gewählt wurden, wobei sich diese Minderheiten sehr voneinander unterscheiden. Dagegen habe ich überhaupt nichts.

Aber die Auswirkungen ihrer Entscheidungen betreffen wieder alle Menschen in Thüringen. Auch die 30 Prozent der Menschen in Thüringen, welche von ihrem Wahlrecht kein Gebrauch machten bzw. ihren Wahlschein ungültig machten. Übrigens werden die 30 Prozent Nichtwähler durch das Parlament nicht respektiert in ihrer Entscheidung. Es fehlen einfach die LEEREN STÜHLE in dem Parlament für die mündigen Wähler, die nicht wählen wollten. Wenn 89 besetzte Stühle die wahlberechtigte Bevölkerung wiederspiegeln, müßten 19 Stühle leer bleiben. Nun ließe sich über diesen Freiraum reden, ob es nicht doch sinnvoll sein könnte, ihn auszufüllen. Wie durch Minderheiten, welche partielle Interessen wiederspiegeln. Ich schließe nicht aus aus, daß Nichtwähler sogar in Interessenvertretungen organisiert sind, welche sogar aktiv, kreativ an der Gestaltung des Landes teilnehmen. Verbände, Vereine könnten als nichtgewählte Interessenvertreter ein Rederecht und Mitberatungsrecht in dem Parlament mit teilweise LEEREN STÜHLEN erhalten, wenn es einen Sachverhalt betrifft, der ihre Interessen betrifft. Ein simples Beispiel, welches nicht unrealistisch war. Eine Fraktion bringt eine pragmatische Gesetzesinitiative ein, welche die unbezahlt Freistellung für ehrenamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe Tätige einfordert. Warum haben landesweit organisierte Jugendvertretungen kein Recht, ihren Gesetzesentwurf, welcher perspektivischer ist, in diesem Zusammenhang vorzustellen? Übrigens ist dieser in ihrer Freizeit entstanden und in Zusammenarbeit der Jugendorganisationen.

Nach meiner bisherigen Erfahrung verspricht ein Wahlboykott keine zunehmende Anzahl LEERER STÜHLE. Dies ließe sich ändern mit einer Wahlpartei, welche verspricht, nicht ins Parlament einzuziehen, egal wieviel Stimmen bzw. Stühle sie erhält. "Niemand" hat dies geschafft und durchgehalten. Selbst diese Variante bietet gewisse Risiken in sich bei nicht 100-prozentigem Wahlerfolg.

Mit der Existenz bzw. Nichtexistenz der West-Grünen starb die Illusion einer streitbaren Opposition. Die Geschichte der West-Grünen zeigt, bei Machtbeteiligung erfolgt nicht konsequenterweise eine gesellschaftliche Umgestaltung. DER AN DER MACHT BETEILIGTE wird immer wieder mit einem Netz von Gesetzen konfrontiert sein, welches bis nach Brüssel reicht. Er wird ein Opfer werden seiner mächtiger werdenden Macht.

Meine Illusion nährt sich aus der Hoffnung, daß sich eine politische Organisation konstituiert, welche nicht an die Macht will und Freiraum für regionale Demokratie bildet.

Auf kommunaler Ebene sollte diese politische Kraft den Mut haben, in politische Verantwortung zu gehen. Hier sehe ich die größte Chance Bürgerinteressen transparent zu realisieren. Anders auf Länder- und Bundesebene. Hier sollte eindeutig formuliert werden, was sie bei einer neuen Regierung mitträgt und was nicht. Sollte diese politische Kraft ein nennenswertes Wahlergebnis erzielen, welches über den GRÜNEN ZEHN PROZENTEN liegt, ist sie in der Verantwortung bei einer neuen Regierung ihre Zusammenarbeit mitzuverwirklichen. Weiterhin ist sie in der Verantwortung, ein politisches Bewußtsein herauszubilden.

Sie hat einen Freiraum erhalten und sollte diesen nutzen, um Lösungsansätze mit Projekten, Verbänden, Initiativen für die ständig neu entstehenden Probleme der Regierung einer Minderheit zu bewältigen. Sie kann mit dem mündigen Bürgern ein neues Selbstbewußtsein entwickeln. Dieser Prozeß sollte ein ständig transparenter Prozeß sein.

Nun ist dies wieder kein Ratschlag, der für den potentiellen Nichtwähler handhabbar ist.

Wie könnte es aber aussehen: er wählt nur Personen und keine Parteien; er macht Wahlscheine ungültig, da er nicht mit dem vorgefundenen Parlamentarismus einverstanden ist. 30 Prozent ungültige Wahlscheine sind nicht gleichzusetzen mit nicht ausgefüllten Wahlscheinen.

Damit sind aber noch keine LEEREN STÜHLE im Parlament.

Jörg Pöse



Kleine Anfrage der PDS / Linke Liste beantwortet

Im Oktober 93 stellte die Landtagsabgeordnete Tamara Thierbach eine kleine Anfrage an das Thüringer Inneministerium.
In der Anfrage wurde nach Gewalttaten von Rechtsextremen und sog. Linksextremen, ihrem Ziel und ihrer Anzahl, gefragt.
Heraus kamen dabei Zahlen die so gar nicht in das von Innenministerium und Verfasschutz gezeichnete Bild des links gleich rechts passen.
Die Zahlen bis zum 30.September 93 weisen 189 Straftaten von rechtsextremen Tätern auf und im selben Zeitraum 35 Straftaten von sog. linksextremen Tätern.
Auch die Tatbestände sind aufschlußreich, wird insgesamt einer Person aus linken Zusammenhängen Körperverletzung vorgeworfen, so sind es bei rechtsextremen Tätern 7 Körperverletzungen und 21 gefährliche Körperverletzungen.
Angesicht dieser Zahlen nach wie vor zu behaupten um wieviel gefährlicher Autonome die Gesellschaft bedrohen entlarvt den politischen Hintergrund jener, die in Sicherheitskreisen arbeitend mit dafür gesorgt haben, das die Reichskriegsflagge in Thüringen nicht verboten wurde.
Die komplette Anfrage ist auf 3 Seiten über die Redaktionsadresse zu bekommen.

cv

Bürgerechtsbewegung auf der Jagd

Juristischer Apparat

Gegnern auf der Spur

In den mittlerweile aufgelößten "Antifa Nachrichten Thüringen" wurde behauptet, daß die Bürgerechtsbewegung (EAP) eine neofaschistische Tarnorganisation sei. Prompt reagierten sie mit einer presserechtlichen Gegendarstellung. Die Redaktion hatte sich aus zwei Gründen zu einer Gegendarstellung bereit erklärt: a) durch einen Satzfehler waren zwei verschiedene Artikeln zusammengefaßt worden und b) hat der Autor (Nachdruck aus "der Rechte Rand") keine inhaltlichen Materialien geliefert, um einem teuren Prozeß standhalten zu können.
Die Tatsache, daß durch die Einstellung der verklagten Zeitschrift es zu keiner Gegendarstellung kam, veranlaßte Elke Gregory in geheimdienstlicher Manier bei einer Sekretärin der Gewerkschaft hbv ein Exemplar der monierten Ausgabe der "Antifa Nachrichten Thüringen" geben zu lassen, um daraus den juristischen Vorwurf zu konstruieren, daß diese nach wie vor verteilt werde.
Zu gegebener Zeit werden wir über diese Truppe berichten, um den entstandenen Schaden wieder gut zu machen, ihre Aktivitäten zu entlarven und die in den Antifa Nachrichten Thüringen getroffen Aussagen zu belegen.

Anmerkung: Die AG Sekten d. Uni Jena warnt vor der BürgerRechtsbewegung

Ermittlungen gegen Reservisten

Singen/Tuttlingen - Gegen drei Reservisten der Bundeswehr wird aller Voraussicht nach von der Staatsanwaltschaft Konstanz ermittelt werden: Mehreren Zeugenaussagen zufolge sollen sie im Kameradschaftsheim Lieder revanchistischen und nationalsozialistischen Inhalts gesungen haben. Von weiteren Ermittlungen geht Peter Eitze aus, der stellvertretende Landesvorsitzende des "Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr". Die drei Beschuldigten stammen aus Tuttlingen und Immendingen, so Eitze weiter. Ihr Verbandsaustritt komme für ihn einem Schulgeständnis gleich, führte Eitze an, der selbst Staatsanwalt ist. Nachdem die Untersuchungen innerhalb des Verbands praktisch abgeschlossen seien, gehe die Angelegenheit an die Staatsanwaltschaft.

Q: Schwb. Zeitung 19.1.1994, Nr. 14



Sozialministerium wirft DGB-Jugend konspiration mit der PDS vor

Der Anlaß für den Vorwurf war der Artikel "Ist Deutschland auf dem "rechten" Weg" in den letzten Thüringer Antifa-Nachrichten, indem der CDU vorgehalten wird, die gleiche Politik wie die "Republikaner" zu betreiben. Zur Klärung soll ein Gespräch zwischen dem DGB-Landesvorsitzenden und dem Sozialminister stattfinden.

Auslöser dafür ist, daß die DGB-Jugend die TAN nach erscheinen der letzten Ausgabe als Information zu ihren Einladungen und Rundschreiben beifügte. Über diesen Weg kamen die TAN auch ins Sozialministerium.
Die Äußerungen in dem erwähnten Artikel mit der Abkürzung S.J. versehen wird von Seiten des Sozialministers der PDS zugeschrieben, da er ähnliche Aussagen nur von dieser Partei zu kennen scheint. Mit dem Vorwurf der Konspiration, versucht die Regierung Druck auf den DGB auszuüben, diesem bestimmte Aussagen zu untersagen. Dem aufmerksamen Beobachter wird nicht entgangen sein, daß die CDU gegen die Aufnahme des Antifaschismus als Staatsziel in die Verfassung gestimmt hat, das Abgeordnete der CDU-Fraktion diese verließen und den "Republikanern" beitraten und somit für die ersten braunen Mandate im Landtag sorgten.

hm

GEWERKSCHAFTERINNEN AUF SCHWARZER LISTE DER NAZIS

Hunderte Bundesbürger, darunter auch IG Metall-Mitglieder, erhalten seit Anfang Dezember Drohanrufe, anonyme Briefe, Beleidigungen. Ursache: Sie werden in einer Schwarzen Liste der Rechtsextremen mit dem Titel "Einblick" mit Name, Adresse und Telefonnummer geführt.

Wenn die "Einblick"-Leser wahrmachen, was die Autoren fordern, könnte es sogar noch schlimmer kommen. Unverhohlen wird die "endgültige Zerschlagung" politisch Andersdenkender propagiert: "Um so früher, um so besser." In Österreich wurden bereits zehn Briefbomben verschickt - an Menschen, die für ihr politisches Engagement und den Einsatz für AusländerInnen bekannt sind. Doch die Betroffenen von Neonazi-Attacken in der BRD werden oft nur unzureichend geschützt, die Ermittler laufen mit geschlossenen Augen durch die Republik. Die Bochumer Polizei zum Beispiel gab in einem Brief an, im "Einblick" Genannte, vorschnell Entwarnung.

Bei den Briefbomben-Attentaten in Österreich seien "Bezüge in die Bundesrepublik bisher nicht erkennbar", so der ermittelnde Staatsanwalt. Kurz darauf wurden in der Alpenrepublik die mutmaßlichen Bombenbauer verhaftet - und die unterhielten regen Kontakt zu deutschen Rechtsextremisten. Andere Ermittler sind sogar der Propaganda der "Einblick"-Macher erlegen. Ein Gewerkschafter aus dem Rhein-Main-Gebiet bekam einen internen Polizeivermerk zu Gesicht: "Darin stand, in der Liste seien linksextreme Gewalttäter aufgeführt".

Anderen gab die Polizei zu verstehen, daß sie es sich selbst zuzuschreiben hätten, wenn sie ins Visier der Neonazis geraten sein. Auf freiem Fuß sind die beiden Mainzer Sascha Chaves Ramos und Michael Petri, die für den "Einblick" Telefon und Postfach zu Verfügung gestellt haben. Die Bundesstaatsanwaltschaft in Karlsruhe ermittelt zwar gegen beide wegen des Verdachts der Gründung einer kriminellen Vereinigung - doch Haftbefehl erging nicht. Begründung: mangelnder Tatverdacht. Auch einer der Urheber für die Jagd auf PolitikerInnen, GewerkschafterInnen und engagierte BürgerInnen, der Hamburger Neonazi Christian Worch, blieb unbehelligt. Worch steckt hinter der Nazi-Postille "Index". Die forderte schon im Juli 1992 dazu auf, "möglichst viele personenbezogene Daten zu sammeln", damit die AntifaschistInnen "nicht mehr um eine Verfolgung herumkommen". Und nannte den Wilhelmshavener DGB-Kreisvorsitzenden Manfred Klöpper.

Aus einem Brief Worchs, der METALL vorliegt, geht hervor, daß Worch der Initiator des Steckbriefs gegen Klöpper ist, den der jetzt verbotene Deutsche Kameradschaftsbund (DKB) verteilte. Der DKB solle nur "aus politischen Gründen" im Impressum erscheinen, so Worch. Klöpper und seine Familie wurden monatelang bedroht - doch die Hamburger Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen in Sachen "Index" ein.

(METALL)



So nicht Herr Pietzsch!

Wie uns "gewöhnlich gut informierte Kreise" mitteilten, hat Minister Pietzsch in einem Rundschreiben (eine Kopie liegt der Redaktion vor) an die Landräte und Oberbürgermeister seine Bedenken gegenüber einer Anerkennung der Interessenvereinigung Jugendweihe e.V. als freier Träger der Jugendhilfe mitgeteilt.

Das alles tut er aus "gegebenem Anlaß". Klar, wenn allein in Erfurt 1994 ca. 1300 Mädchen und Jungen an den Veranstaltungen der Jugendweihe Teilnehmen, dann ist Gefahr in Verzug, wie man so sagt.

Um auch keine Frage offen zu lassen, wird den Kreisen und Städten mitgeteilt, daß eine Förderung aus Landesmitteln nicht erfolgt und mit dem Landesjugendring "geregelt" wurde, daß keine Mittel an die Interessenvereinigung weitergegeben werden dürfen.

Und dann wird es lustig, oder tragisch?

Nun jedenfalls wird festgestellt, daß der Verband überwiegend "weltanschaulich geprägte Zielsetzungen" verfolgt. In der Tat, die Jugendweihe verfolgt solche Ziele, wie viele andere anerkannte freie Träger der Jugendhilfe. Als da wären Katholische Jugend, Evangelische Jugend, SJD Die Falken um nur einige wenige zu nennen. Das die Sicht auf die Welt nicht die des Sozialministers ist, sollte dabei wohl keine Rolle spielen in einer "pluralistischen Gesellschaft". Oder hängt es von der Meinung des Herrn Pietzsch ab was "Gut" oder "Böse" ist. Das war ja wohl überwunden, oder?

Zu guterletzt weist Minister Pietzsch auch noch nach, daß er keine Ahnung hat von der Satzung und der Arbeit dieser Organisation denn er schreibt. " Die Mitgliedschaft und Zugehörigkeit der jungen Menschen im Verband endet mit dem Tag der Jugendweihe." Tatsache ist jedoch, daß die Interessenvereinigung jedem selbst überläßt ob er ausscheidet oder weiter macht. Immer mehr machen weiter, weil die Angebote interessant und vielseitig sind. Das sind ja wohl auch Dinge, die dringend gebraucht werden in einer Situation in der die Freizeitangebote nicht so dick gesät sind in Thüringen. Klar ist doch auch, daß jedes Angebot zählt, wenn es darum geht jungen Menschen ein von Tolleranz und gesellschaftlichem Engagement geprägtes Grundverständnis vom Leben zu vermitteln.

4. Juni 1994

Arnstadt

Demonstration gegen Rassismus und Noefaschismus

Arnstadt ist nicht die einzige, aber eine Hochburg der Neofaschisten und Rassisten in Thüringen. Hier treten sie besonders oft und sehr offen auf. Wir wollen gerade deshalb beispielhaft in Arnstadt deutlich machen, das wir gegen Rassismus und die Zunahme rechtsextremer Gewalt eintreten.

Füllten 1992 neofaschistische Anschläge die Schlagzeilen, so sind heute neofaschistische Aktionen, Gewaltakte und Morde nur noch eine kleine Meldung wert.
Der Schock, die Empörung, die Aufregung über den Schaden den Deutschlands Ansehen erlitten hat, ist der "Normalität" des alltäglichen Rassismus und des Neofaschismus gewichen. Der Neofaschismus erfährt immer offenere Unterstützung aus dem Spektrum der Konservativen. Erwähnt sei hier nur die Aufstellung von Heitmann als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten.
Große Teile der Politik sind wieder dazu übergegangen die neofaschistische Bedrohung zu verharmlosen und die linke Gefahr heraufzubeschwören. In Thüringen werden, trotz der Tatsache, daß 1992 zwar 258 rechtsextremistische Gewaltakte. aber nur 15 sogenannte linksextreme "Delikte" registriert wurden, seitens des Innenministeriums Antifas, Autonome und Linke kriminalisiert.

Deshalb fordern wir:

- keine Toleranz gegenüber rassistischem Gedankengut oder rechtsextremistischen Aktivitäten und Organisationen.
- Ausschöpfung des bestehenden rechtlichen Rahmens zur Bekämpfung des organisierten Neofaschismus "
- Durchsetzung des Verbotes und Auflösung und Bekämpfung rechtsextremistischer Organisationen,
- Schutz möglicher Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt,
- Auflösung des Verfassungsschutzes und aller anderen Geheimdienste
- demokratische Kontrolle und Entkasernierung der Polizei
- Antifaschismus und Antirassismus müssen fester Bestandteil von Jugendarbeit, schulischer und außerschulischer Bildung werden .

Wir rufen alle BürgerInnen auf, sich mit uns gegen Rassismus und Intoleranz zu stellen

1994 ist das Wahljahr. Die Neofaschisten werden versuchen, Wahlerfolge zu wiederholen, auszubauen und in die Kommunal-, Länderparlamente und den Bundestag zu gelangen. Die meisten Parlamentsparteien werden ohne Druck keinen antirassistischen und antifaschistischen Wahlkampf machen.

Wir wollen keine Rassisten in den Parlamenten.

Deshalb rufen wir auf,

- antirassistische Zentren zu schaffen, die Parteien und KandidatInnen an ihren Aussagen und Handlungen zu antirassistischen und antifaschistischen Forderungen zu messen.
- keinen Opportunismus und Populismus zuzulassen, der den Neofaschisten nützt und Verhältnisse fördert, die autoritär, antidemokratisch, rassistisch und frauenfeindlich sind,
- Parteien, die nicht bereit sind, sich eindeutig für die Wiedereinführung des Asylrechts zu positionieren, die Stimme zu verweigern,
- Aktionen durchzuführen, die dazu führen, daß keine Thüringer Verfassung angenommen wird, die Anitrassismus und Antifaschismus nicht als Staatsziel definiert!

Greif ein gegen Fremdenhass, Rassismus und Neofaschismus!

Dem Humanismus und der Solidarität eine Chance!

Keine Nazis in die Parlamente!



13 Uhr Demonstration gegen Rassismus

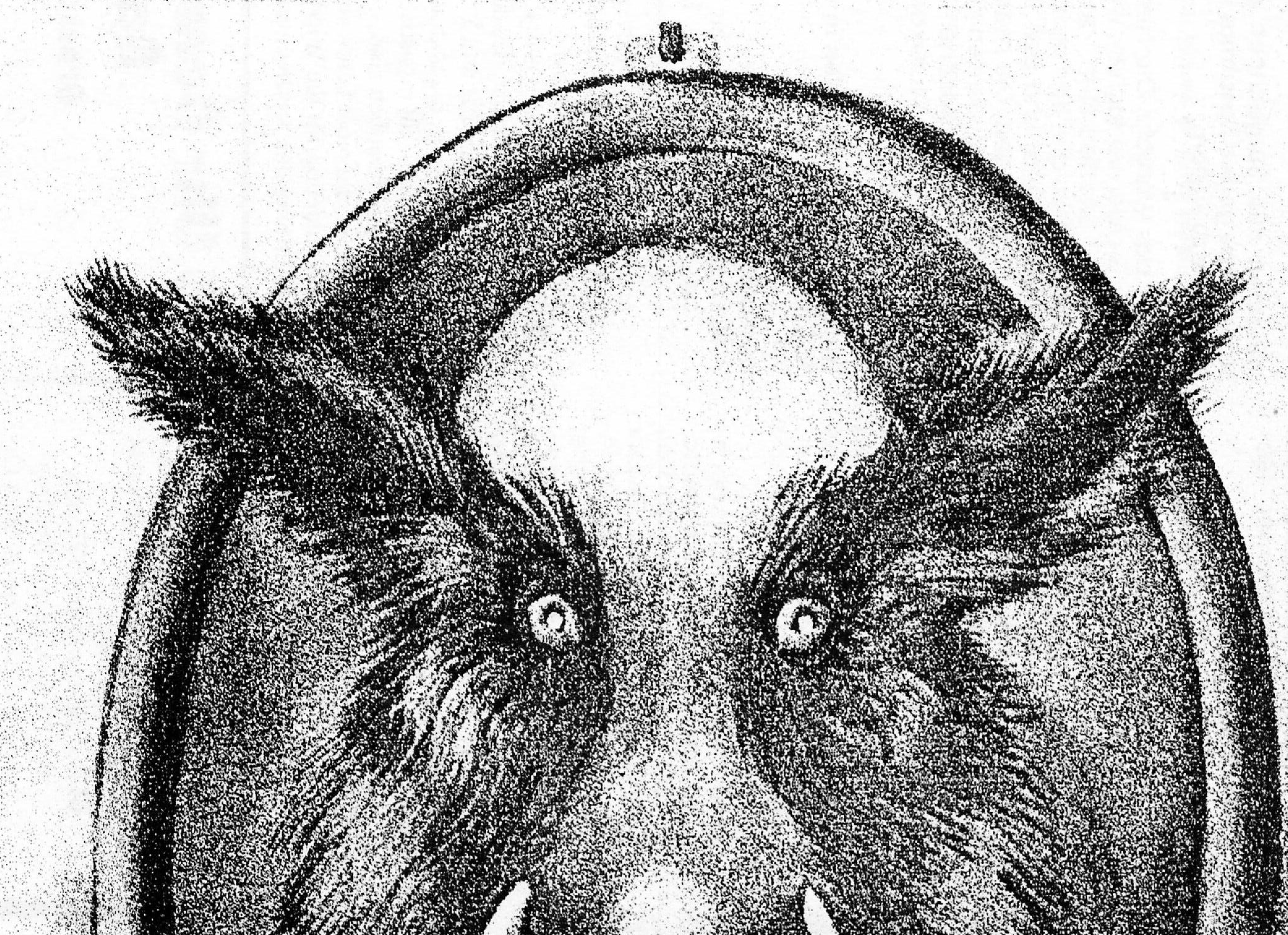
Arnstadt, Riedplatz

15 Uhr Marktfest

20 Uhr Rock gegen Rechts

im Lokschuppen mit Penne Esia u.a.

Wir sind in schlechter Verfassung



4, 13 Uhr
Riedplatz

04.Juni 94
Arnstadt,

sus srufa debililis - Achtung! Population zunehmend; Christian Paschold

Demonstration gegen Rassismus
Keine Rassisten in die Parlamente



Neues aus dem Thüringer Inneministerium oder das Kommando gilt rechts schwenk marsch die Augen links

Am 16. Februar sprach Thüringens Innenminister Franz Schuster aus, was viele bereits ahnten und einige meinten, schon seit langem zu erkennen. Die PDS wird in Thüringen vom Verfassungsschutz beobachbtet. Die Beobachtung der PDS war in letzter Zeit vom Inneministerium auch zu häufig in die Medienöffentlichkeit gebracht worden, als daß man hätte annehmen können, daß die bayernhörige CDU in Thüringen noch lange damit warten würde. Gedacht ist dieser Versuch der Einschüchterung politischer Gegner wohl vor allem als Wahlkampfmittel, wo doch den Polit-Managern der CDU nach jeder Wahlumfrage zunehmend mehr Angstschweiß auf die ohnehin schon nasse Stirn tritt.

"Jetzt drehen sie durch"

Zu diesem Ausruf sah sich veranlaßt, wer den neuesten Coup des Thüringer Inneministeriums Anfang März verfolgen durfte, allen dabei voran Staatssekretär Michael Lippert.
Der amtierende Chef der Nachfolgeoranisation von Guck und Horch, Harm Winkler sollte stellvertretender Datenschutzbeauftragter werden.
Zur Vorgeschichte. Erst kürzlich war die CDU-Frau Liebaug zur Landesdatenschutzbeauftragten designiert worden.
Seit 91 gibt es die Datensammler des VS, seit 93 die "Datenschützer", damit dürfte bereits klar sein, wem hier Priorität eingeräumt wird. Liebaug wurde von so ziemlich allen Seiten und in seltenem Einvernehmen jegliche Qualifikation abgesprochen. Es wurde öffentlich geschlußfolgert, daß sie ihren Posten wohl nur deshalb bekam, damit die Menschen mit den entsprechenden Parteibüchern auch noch lange ihre Politik betreiben und dafür jede Menge Geld kassieren können.
Was im Westen in der Regel, aus zum Glück noch nicht gefallenen Tabus nicht möglich ist, in Thüringen fällt auch der letzte Mantel angeblich freiheitlich demokratischer Grundordnung. Der Datensammler Winkler soll auf einmal Datenschützer werden. Ein Irrsinn für all jene, die nach 40 Jahren DDR und BRD Erfahrung mit Geheimdiensten geglaubt haben, die Rechte der BürgerInnen würden jetzt endlich gewahrt bleiben. Für jene, die den für Behörden gläsernen Menschen längst sehen, wohl nur ein weiterer Beweis für den Zynismus der HERRschenden.
Was die Medien mehr dominierte, war jedoch primär der personalrechtliche Hintergrund
Wir zitieren stark verkürzt die TLZ.
"Winkler war Lippert wohl schon seit langem ein Dorn im Auge. Dem Staatssekretär wird vorgehalten, daß Winkler den Bemühungen, Lippert genehme Seilschaften im Verfassungsschutz zu etablieren, im Wege stand. Das Personalgeschiebe, das man sich im Erfurter Inneministerium ausgedacht hatte, funktionierte diesmal nicht."
Das Versetzungsschreiben, das Winkler am 1. März erhielt, war weder mit dem Kabinett abgestimmt, noch gab es von Winkler eine Bewerbung, noch hatte Liebaug diesen angefordert. Es wird offensichtlich, daß bestimmte Kreise im "Sicherheitsapparat" es nicht mehr für nötig halten, sich an demokratische Spielregeln zu halten und erst dann zurückzucken, wenn sich die Öffentlichkeit um sie bemüht.
Wir empfehlen in diesem und vielen anderen Fällen die Lektüre von "WIDERSTAND GEGEN DIE STAATSGEWALT" ein Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte von Rolf Gössner vom Konkret Literatur Verlag herausgegeben, sowie STAATSGEWALT von Enno Brand vom Verlag die Werkstatt, erscheint im April 94 in der aktualisierten 4. Auflage

Polizei verteidigt REPs in Hannover

Am 11.2. demonstrierten gut 2000 Menschen gegen eine Wahlkampfveranstaltung der Republikaner vor der hannoverschen Stadthalle. Die ca. 1000 niedersächsischen Polizisten ging mit äußerster Härte gegen die Demonstranten vor, die versuchten, den Veranstaltungsort zu blockieren. Eine Reiterstaffel gallopierte in die Menge, drei Wasserwerfer nahmen die REP-GegnerInnen unter Beschuß. Einzelne DemonstrantInnen wurden eingekesselt und zusammengeknüppelt, dies auch noch dann, als diese sich bereits auf dem Heimweg befanden. Quelle:TAZ vom 14.2.94

Hausbesetzung in Altenburg

Seit Sonnabend, dem 11.12.93, gibt es in Altenburg wieder ein besetztes Haus! Seit August 93 hatte es intensive Bemühungen gegeben, ein Gebäude für das Projekt "Alternativhaus Altenburg" zu bekommen.
Die Instand-BesetzerInnen, die bereits ein Cafe eingerichtet haben, sind mit der Stadt in Verhandlungen über eine Nutzung getreten. Sie streben an, Räume für Wohnen, Infoladen, Werkstatt, Volxküche und Proberäume zu schaffen. Angestrebt wird die Eröffnung eines Büros, um die kontinuierliche Flüchtlingsarbeit zu sichern..." Quelle: Machwerk, Thüringer Heimatblatt

Hausbesetzung in Gera

Am 5.Januar wurde in Gera-Langenberg eine alte Villa besetzt.
Wir zitieren :
"Zum einen haben wir keine Lust, einzeln irgendwo zu versauern, uns in Minibuden von der Arbeit zu "erholen" und dafür noch horrende Mieten zu bezahlen. Wir wollen zusammen leben. Zweitens kämpfen wir schon seit 1990 in Gera um ein von uns selbst verwaltetes Haus..."
"Inzwischen ham wir im Haus ein kleines Cafe und nen Infoladen eingerichtet und schon mit vielen Leuten gesprochen.. Erstaunlich war die relativ gute Reaktion der meisten "normalen" Leute. Die fandens z.T. sogar richtig gut sowas zu machen, Selbst die Medien berichten geneigt..."
"Letzte Stand:
Um das Jugendhaus kümmern sich die BesetzerInnen in eigener Trägerschaft und Verantwortung. Der Streetwork Gera e.V. beantragte für das Projekt ABM-Stellen, die von jetzigen BewohnerInnen besetzt werden.
Wir glauben, Gera sollte Schule machen und natürlich Mut und Phantasie zu eigenen Taten..."
Quelle: Machwerk, Thüringer Heimatblatt

Razzia gegen HausbesetzerInnen

"Am Dienstag, den 1.2.94, gegen 11.00 Uhr durchsuchten Polizei und Staatsschutz das besetzte Haus Pauritzer Strasse in Altenburg.
Einsatzleiter Herr Hummel begründete die Maßnahme mit "Gefahr im Verzug"(wozu kein Hausdurchsuschungsbefehl notwendig ist) infolge eines Eigentumdeliktes.Herr Kästel von der Kriminalpolizei erklärte, daß es sich bei o.g. Delikt um einen Diebstahl handele.
Bei der Durchsuchung wurden Räume durchsucht und fotografiert. Überhaupt wurde das ganze Gebäude sorgfältig von Innen fotografiert, so daß sich der Eindruck ergab, daß es bei dem Einsatz nicht vorrangig um die Sicherstellung von Diebesgut ging,



welches letztendlich auch nicht gefunden wurde.
Rechtswidrig erschien uns die anschließende Durchsuchung einer Wohngemeinschaft, welche wenige Monate vorher bereits von randalierenden Neo-Nazis heimgesucht worden war.
Viel mehr nehmen wir an, daß versucht wurde, das Projekt "AHA"(Alternativhaus Altenburg) zu kriminalisieren und das in letzter Zeit erworbene positive Ansehen in der Öffentlichkeit zu untergraben.
In einer Zeit, wo der "Große Lauschangriff" und verdeckte Ermittlungen salonfähig gemacht werden, kann auch vermutet werden, daß Informationen über die alternative Szene gesammelt werden sollten. Wir HausbesetzerInnen der Pauri sind erschüttert, traurig und bestürzt über den Verfall der Menschenrechte. Der Vorgang erinnert an Stasimethoden zur Zeit des SED Regimes." (Erklärung der BesetzerInnen der Pauritzerstrasse)

Verbot von JRE?

Laut einer Pressemitteilung von Jugend gegen Rassismus in Europa vom 2.03.94 prüft das Bundesinnenministerium ein Verbot von JRE. Aufmerksam geworden auf das eingeleitete Verfahren war JRE, als der Kölner Polizeipräsident Einspruch gegen die Eintragung als Verein erhoben hatte.

Veranstaltungen

Antifaschistisches Seminar vom 29.05-3.06.94 bei Dresden

"Antifaschismusgeschichte und Geschichten aus der DDR und der BRD"
Die Teilnehmer suchen am Beispiel des Umgangs mit der jüngsten Vergangenheit nach dem 8.Mai 1945 und dem 9.November 89 zu erkunden, ob wir aus der Geschichte lernen können. Die Berufung auf die "Zufälle" noch auf die "Notwendigkeiten" der Geschichte, entlässt niemanden aus der Verantwortung.
Die Referenten des Seminars, das eher Werkstattcharackter haben soll, werden Bernd Wittich und Kurt Faller sein, die beide Einblick in den Umgamg mit Antifaschismus in der DDR, der westdeutschen VVN und Friedensbewegung hatten.
Anmeldungen an Bernd Wittich Tel. 06231/1256

Tagung "Nie wieder Faschismus"

Die Hans Böckler Stiftung veranstaltet, in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Kulturzentrum, im Haus Dacheröden Anger 37/38 eine Tagung mit dem Titel:
"Die Schwierigkeiten mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus."
Geplant sind 3 Referate und eine abschließende Podiumsdiskussion mit unter anderem Dr. Wolf Kaiser, Prof. Dr. Siegfried Wolf und Angelo Lucifero.
Bleibt zu hoffen, daß trotz des Termins, einem Freitag, viele Menschen kommen. (SchülerInnen sollten von ihrem Recht auf politische Bildung Gebrauch machen und sich bei ihren SchulleiterInnen eine Freistellung holen.)

Ausstellung "Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben"

Ebenfalls im Haus Dacheröden findet vom 6.-27. April eine Ausstellung zu den Jugend-Konzentrationslagern Moringen und Uckermark 1940-1945 statt. Aus politischen, religiösen, rassistischen oder sozialen Gründen wurden Mädchen in Uckermark und Jungen in Moringen als sogenannte "Gemeinschaftsfremde" inhaftiert.
Dabei wurden sie rücksichtlos aus ihre Lebenszusammenhängen gerrissen und dem SS-Terror und der Zwangsarbeit ausgesetzt. Nahezu 3000 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 10 und 25 Jahren kamen aus allen Teilen des Reiches und aus den, von den Deutschen überfallenen Ländern, in die Lager nach Uckermark und Moringen.

Antirassistische Sommerschule 14. - 20. August

Anmeldungen an: Thüringer Antifa Nachrichten, Eislebenerstr.3-71, 99086 Erfurt; Tel.: 0361 6738293
Teilnahmebedingungen: AntirassistIn, unter 30 Jahre



Aus der faschistischen Presse

Wieder CSUler bei DVU

Nationalzeitung Nr. 49, 50 / 1993

Dr. Alfred Seidl, früherer bayerischer Innenminister, soll nach Angaben des Blatts enger Freund und Berater von Dr. Frey gewesen sein. Seidl war 28 Jahre im bayerischen Landtag und einige Zeit Fraktionsvorsitzender der CSU im Landtag und darüber hinaus Staatssekretär im Justizministerium. Originalton des Blattes:
"Unzählige Treffen mit Dr. Frey vollzogen sich früher in der Kanzlei Dr. Seidls in der Neuhauser Straße und seit langem im Pressehaus der Nationalzeitung, zumeist am Samstag. Es gab auch ein Treffen auf Flughäfen im Ausland, nicht etwa aus Geheimhaltungsgründen, sondern wenn die Terminpläne von Dr. Frey und Dr. Seidl übereinstimmten, so beispielsweise bei einem Zwischenaufenthalt, als Dr. Seidl aus dem Nahen Osten kam und Dr. Frey dorthin flog."
Die Nationalzeitung hebt stark hervor, daß Dr. Seidl im Nürnberger Prozeß Rudolf Heß verteidigt habe und sich dann jahrelang für dessen Freilassung eingesetzt habe. Das ist jetzt die dritte bekannte Persönlichkeit, die Dr. Freys DVU beraten haben soll. Neben Prof. Maunz und BND-Chef Gehlen soll Dr. Seidl von all diesen Kontakten gewußt haben. Eine "Verbindung" in der CSU ?

Antifaschistische Tradition wirksam machen

Unter diesen Gedanken stand ein Meinungsaustausch von AntifaschistInnen aus Thüringen und Hessen. Gemeinsam wurde über Positionen im Wahljahr 1994 beraten. Einig waren sich alle TeilnehmerInnen darüber: Wir müssen antifaschistische Signale setzen und die Rechtsentwicklung stoppen. Nazis oder Rassisten dürfen nicht in die Rathäuser oder Parlamente gelangen. Dazu wollen wir parteiübergreifend mobilisieren, eine Bürgerbewegung gegen alte und neue Nazis schaffen.

Bei den Wahlen im Jahre 1990 haben sich alle Parteien zum Antifaschismus bekannt.
Wir werden deshalb alle Parteien und alle KandidatInnen zu fragen haben, welche Position sie heute zum antifaschistischen Widerstand haben, wie die Arbeit in den Gedenkstätten, die Pflege der Grab- und Erinnerungsstätten und ihre Nutzung in der Bildungs- und Erziehungsarbeit weitergehen sollen?
Zu fragen ist auch wie die Parteien und ihre KandidatInnen gegen den Rechtsextremismus, gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß vorgehen wollen? Das schließt ein, was zu tun ist, um neonazistische Gewalttäter und deren Organisationen aus dem öffentlichen Leben auszuschalten? Oft hören wir vom staatlichen Gewaltmonopol reden. Doch zu fragen ist: Wann wird davon gegen Rechts Gebrauch gemacht?

Als AntifaschistInnen sind wir zugleich AntimilitaristInnen (war das eigentlich schon immer so? der Säzzer). Deshalb werden wir fragen: Wie hälst du es mit den Blauhelmeinsätzen der Bundeswehr oder mit dem Vorschlag von Dr.Schäuble, die Bundeswehr auch im Inland einzusetzen?

Unser Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit schließt ein jede/n zu fragen, wie er/sie zum grundgesetzlichen Recht auf Asyl steht?
Damit der Rechtsentwicklung ein Ende gesetzt wird , sollten im Freistaat Thüringen Antirassismus und Antifaschismus als Staatsziele in der Landesverfassung festgeschrieben werden. Auch danach werden wir fragen.

HEIKO

Was wir noch schreiben wollten:
Über den Rassismus in der CDU und den Opportunismus in der SPD - mehr das nächste mal!!!
Der Chefredakteur (mit Protest).
Die hintermänner haben sich wieder durchgesetzt.



Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 02.02.1994

Die rechte Saat geht auf

In den USA gleicht das Netzwerk der Neonazis der Mafia Hakenkreuzschmierereien auf Synagogen, umgestürzte Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen, "Ausländer-raus"-Parolen: All das gibt es auch in USA, in wachsender Zahl. Ebenso ein Netzwerk von Neonazi-Parteien, Tarnorganisationen, Sekten, Skinheads, Ku-Klux-Klan. Amerikas rechte Szene "gleicht in etwa der Mafia", sagt John Kundts, FBI-Sprecher. Nur werden Neonazis nicht bekämpft wie die Mafia. Die Verfassung schützt die Redefreiheit. Anders als in Deutschland ist der Druck von Nazi-Symbolen und Lügen über den Holocaust nicht verboten.

Der "Smith Act" von 1940, gerichtet gegen Nazi-Infiltration, diente nach dem Krieg nur noch zur Verfolgung von Kommunisten und deren vermeindlichen Sympathisanten. Auf dem rechten Auge waren (sind) auch Politiker, Polizei und Justiz in den USA blind.

Von Amerikas Meinungsfreiheit profitieren deutsche Neonazis. "Die USA waren während der achtziger Jahre Hauptquelle für gedrucktes Propagandamaterial", stellt Rand C. Lewis, Autor eines Buches über Rechtsextremismus in Deutschland, fest. Einer der rührigsten Kontaktpflege auf US--Seite ist Gary Rex Lauck. Lauck unterhält Kontakte zu allen Köpfen der deutschen rechten Szene. Er ist knappe vierzig, hat Deutsch und Philosophie studiert. Lauck stammt aus Milwaukee, der einstigen Hochburg deutschstämmiger Einwanderer.

Hier, im mittleren Westen, formierten sich bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren Bruderorganisationen der NSDAP. Ihre Blütezeit hatten Amerikas Nazis zwischen 1936 und 1939. Nicht wenige US-Industrielle sympathisierten mit Hitler; von Henry Ford bis Joseph Kennedy. Bis heute leidet die Szene nicht unter Geldmangel. Der scharfe Antikommunismus der McCarthy-Jahre bot Altnazis nach Hitler-Zeit und Weltkrieg neue Chancen. Der Holocaust allerdings machte es Alt- und Neunazis schwer, wieder in Amerikas politischer Mitte Gehör zu finden. Deshalb erfanden sie die"Holocaust-Lüge".

Seit den achtziger Jahren haben die Holocaust-Leugner ein neues Publikum: unter radikalen Schwarzen. Die Organisation Klanwatch stellte mit Erschrecken fest, dass 1993 über 40% aller rassistischen Morde in den USA von Schwarzen begangen wurden.

In den Slums der grossen Städte heisst es oft: Schwarze gegen Hispanos, Hispanos gegen Asiaten, Asiaten gegen Schwarze. Antisemitismus hilft, Armut in Unterschichten plausibel zu machen: Es ist das alte Sündenbock-Schema.

Die Saat geht auf.

Das FBI hob im Juni 1993 ein Nest von Neonazis in Kalifornien aus. Die Verhaftung war nur möglich, weil FBI-Agenten die Gruppe unterwandert hatten und Anzeichen fanden, dass Verbrechen vorbereitet wurden; Mordanschläge, Terrorakte.

Der neue FBI-Direktor Louis Freeh will nun mit den deutschen Behörden Erkenntnisse über die rechte Szene austauschen. Freeh hat auch ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, um Wege zu finden, den Export von Propagandaschriften nach Europa zu unterbinden.

Doch während die Juristen noch prüfen, haben sendungsbewußte Nazis längst neue Wege gefunden, ihre Thesen zu verbreiten und geistigen Nachwuchs zu rekrutieren: elektronische Datenbanken, Videospiele, "Infomercials" für lokale Kabelsender. Das Gift ihrer Lügen ist in den USA allgegenwärtig.

Uwe Knüpfler

+

Bestellung

Hiermit bestelle ich .... Thüringer Antifa-Nachrichten

Auf das folgende angezeigte Konto habe ich DM .... überwiesen (Preis pro Ausgabe 1,50,- + Porto)
Spenmden-Konto: Angelo Lucifero, Kennwort "ThAN", Kto. Nr. 237124, Bank für Gemeinwirtschaft Erfurt

Vor- u. Nachname:

Strasse:

Plz/Ort:

Organisation/Initiative:

Tel. Nr.:

Bestellungen an: Thüringer Antifa Nachrichten, Eislebenerstr.3-71, 99086 Erfurt

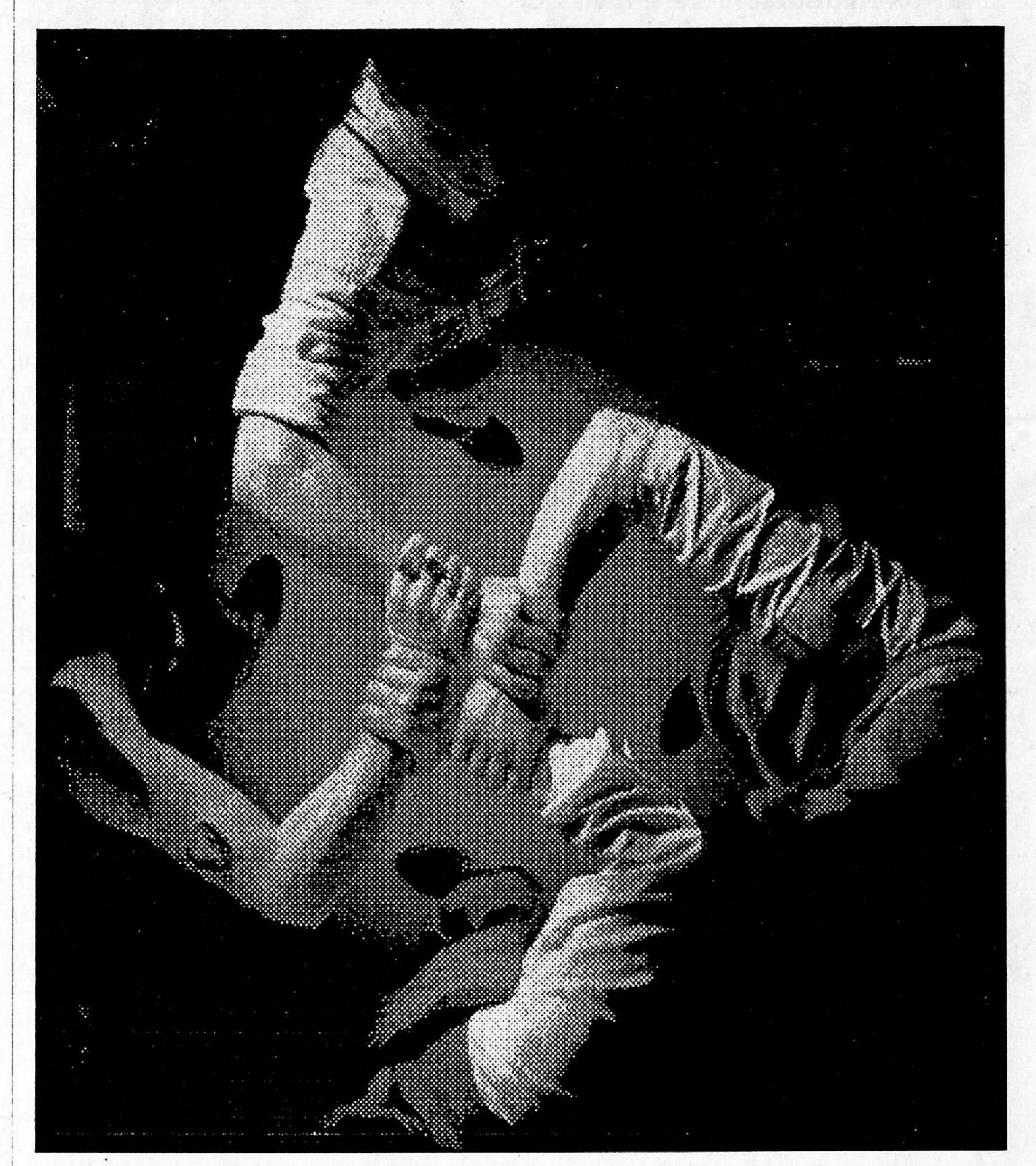
Anzeige

Dies ist eine Anzeige der PDS. Den "Thüringer Antifa Nachrichten" wird gelegentlich PDS-Nähe vorgeworfen. Das weisen wir auf schärfste zurück. Wir sind nicht bestechlich, aber käuflich. Die PDS bezahlte für diese Anzeige und unsere neue Nähe 500,- DM. Nachahmung empfohlen. Herr Schwäblein, dies könnte Ihre Anzeige sein. Oder haben Sie etwa mehr mitzuteilen

Gerücht: 1. Mai 1994, 9.3o Uhr, Erfurt, Bahnhof,

20.000 demonstrieren gegen Massenarbeitslosigkeit und Rassismus

Vom Umgang mit Gerüchten: Man gehe hin und überzeuge sich selbst!



Braune Post darf liegenbleiben

Gute Kunde für Briefträger zum Super-Wahljahr 1994: Postboten, die sich weigern, Nazi-Post zu verteilen, dürfen nicht abgestraft werden. Das hat das Arbeitsgericht Frankfurt entschieden. Das Postamt Frankfurt Höchst hatte Briefträger abgemahnt, die sich im hessischen Kommunalwahlkampf geweigert hatten, die braunen Botschaften der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU) unters Wahlvolk zu bringen. "So einen Schmutz kann ich doch nicht in die Kästen stecken", beschwerte sich ein Postbote.

Das Arbeitsgericht gab ihm und seinen standhaften Kollegen recht: Abmahnungen seien kein geeignetes Mittel, gegen Arbeitsverweigerung aus Gewissensgründen vorzugehen. Doch Postminister Wolfgang Bötsch (CSU) ist immer noch gefordert. Er müßte, verlangt die Deutsche Postgewerkschaft, die Beförderungsbedingungen der Post so zu ändern, daß braunen Briefen schon bei der Einlieferung die rote Karte gezeigt werden kann. Auf einem Pressegespräch am 26.Januar 1994 in Frankfurt erneuerte deshalb Kurt van Haaren, der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, die Forderung der Gewerkschaft, daß die Postordnung sich auf die UNO-Konvention gegen Rassendiskrimierung berufen sollte, die die BRD ja unterzeichnet hat.

Am 3. 2. entschied ein Regensburger Gericht auf Klage der Republikaner hin anders als die Frankfurter Arbeitsrichter: Briefträger seien verpflichtet wegen des Mitwirkungsrechts der Parteien an der Meinungsbildung auch Postwurfsendugen der Reps auszutragen. Umso dringender also, daß noch vor den Wahlkämpfen in diesem Jahr die Postordnung geändert wird!
(u.b.)



Buchempfehlung

Erscheint im März/April 1994

DEUTSCHE DEMOKRATEN

WIE RECHTSRADIKAL SIND CDU/CSU ?

Aus dem Inhalt:
Innerhalb der CDU/CSU vollzieht sich eine gefährliche Entwicklung. Völkisches und nationalistisches Gedankengut prägen das Erscheinungsbild in einem Ausmaß, das vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Zwar gibt es noch Flügelkämpfe, doch zunehmend setzen sich dabei Politiker mit einem markanten rechten Profil in Szene: Kanther, Stoiber, Gauweiler, Gerster ...
Zentrale Figur des neuen Rechtstrends aber ist Wolfgang Schäuble. Als national konservativer Chefdenker symbolisiert er so gut wie kein anderer, daß es sich nicht um eine Entwicklung am rechten Rand handelt, sondern um ein Konzept für die Mitte. Schlagworte in diesem Pogramm sind das Bekentnis zur Nation und zur "nationalen Identität", das Postulat einer ethnischen Homogenität und eine Ethik des Dienens und der Pflichterfüllung.
"Es darf rechts von CDU/CSU keinen Platz für eine andere Partei geben" Dieser Satz von Stoiber wird nicht als Aufforderung verstanden, Republikaner und NPD politisch zu bekämpfen, sondern als Auftrag, deren ideologische Versatzstücke zu übernehmen.
Es schreiben unter anderem: Jürgen Trittin (Niedersächsischer Minister für Bundesangelegenheiten), Charlotte Wiedemann (Die Woche), Bernd Siegler (taz) und Jürgen Elsässer